



Die Stadtwerke Löhne haben ihren Sitz am Sonnenbrink.

Foto: Judith Gladow

Ratsbeschluss legt Stadtwerke lahm

Der Eigenbetrieb wird ab Januar vorerst nur noch die notwendigsten Aufgaben erledigen können. Denn die Ablehnung des Wirtschaftsplans durch CDU, AfD und Löhner Bürger-Allianz machen die Stadtwerke vorerst handlungsunfähig.

Felix Eisele

Löhne. Laut wurde es in der letzten Ratsitzung des Jahres am Mittwochabend. In der Folge aber wird es in der Werrestadt ab Januar deutlich leiser. Denn die Stadtwerke Löhne fahren nun vorerst auf Sparflamme. Die Ablehnung ihres Wirtschaftsplans für das kommende Jahr stürzt den städtischen Eigenbetrieb in eine weitgehende Handlungsunfähigkeit. Die Auswirkungen für Stadt und Bürger sind massiv – und Perspektiven kaum in Sicht.

Dass die Stadtwerke dem Rat der Stadt zum Jahresende ihren Wirtschaftsplan vorlegt, ist seit vielen Jahren üblicher Usus. Und notwendig obendrein, hat die Politik doch das letzte Wort über geplante Investitionen und Maßnahmen in den einzelnen Sparten des Eigenbetriebs. Anders ausgedrückt: Erst wenn der Rat der Stadt grünes Licht gibt, können die Stadtwerke ihre Pläne für Stadtdienste, Energiesektor, Wasserversorgung und Abwasser auch umsetzen.

Dazu aber kommt es im kommenden Jahr zunächst nicht. Denn in einem gemeinsamen Kraftakt versagten die Fraktionen von CDU, AfD und Löhner Bürger-Allianz (LBA) ihre Zustimmung für das Konzept der Stadtwerke – und waren mit ihrer ablehnenden Haltung in der Mehrzahl. Vier leere Sitze in den Reihen der Befürworter von SPD, Grünen, Linken, Partei und FDP machten es möglich.

Die Folgen sind nach Angaben von Stadtwerke-Betriebsleiter Matthias Kreft fatal. „Ohne Wirtschaftsplan können und dürfen wir uns erst einmal nur um die betriebsnotwendigen Aufgaben kümmern“, sagt er. Heißt im Klartext: Alles, was über die Daseinsvorsorge hinausgeht, wird ab Januar vorerst eingestellt. „Dann können wir keine Investitionen tätigen, keine Aufträge vergeben, keine Projekte planen und schon gar nicht umsetzen.“

Das Regenwasserkonzept liegt damit ebenso auf Eis wie der Kanalbau oder hydraulische Maßnahmen für den Hochwasserschutz. Auch das bereits begonnene Freischneiden zugewachsener Büche, die in der Vergangenheit immer wieder für Überschwemmungen sorgten, wird zunächst gestoppt. „Und wenn Strafen saniert werden, können wir die Gelegenheit jetzt nicht mehr nutzen, um eigene Leitungen zu verlegen“, so Kreft.

Nachvollziehen kann er die Haltung der Ratsmehrheit keineswegs. Im Gegenteil, „Ziel führend ist das nicht“, klagt er. „Wir werden hier völlig ohne Not zum Spielball der Politik. Das ist auch respektlos gegenüber unseren vielen Mitarbeitern.“

Geld fließt stattdessen in den städtischen Haushalt

Begründet wurde die Ablehnung insbesondere anhand von Tarifanpassungen. Die Verbrauchsgebühr für Wasser soll demnach um 8 Cent pro Kubikmeter angehoben werden, die Beseitigung von Regenwasser um 2 Cent günstiger werden. Den Vertretern von CDU und LBA ist das allerdings zu teuer – insbesondere vor dem Hintergrund, dass genau diese Sparten schon jetzt einen Gewinn erzielen. „Statt die Gebühren zu senken, fließt das Geld in den städtischen Haushalt“, monierte etwa CDU-Fraktionschef Malk Büssing. LBA-Ratsherr Günther Schlüter sprach sogar von einer „Quersubventionierung auf dem Rücken der Gebührenzahler“.

Tatsächlich sieht die Planung der Stadtwerke vor, knapp 713.000 Euro an die Stadt Löhne auszuschütten. Dabei aber handelt es sich um die Eigenkapitalverzinsung – also die Rendite, die der Stadt auf ihr investiertes Kapital zusteht. Das wiederum ist keine Löhner Besonderheit, sondern



Stadtwerke-Betriebsleiter Matthias Kreft hat wenig Verständnis für die Entscheidung der Ratsmehrheit. Foto: Dirk Haunhorst

Stadt muss Gebühren ausgleichen

Nicht nur die Tarife für Wasser und Abwasser, auch die Abfallgebühren sorgen im Rat der Stadt für scharfe Diskussionen. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, die Gebühren für den Bioabfall leicht anzuhöhen – je nach Tonnengröße um 48 Cent bis hin zu 2,28 Euro. Zudem sollten die Vorhaltegebühren für Papiertonnen angehoben werden. Und auch der Sperrmüll sollte künftig 15 statt wie bisher 10 Euro pro 50 Kilo kosten.

CDU, AfD und LBA machten dem aber einen Strich durch die Rechnung. Während die CDU die Steigerung im Allgemeinen beklagte, kritisierte die LBA insbesondere die Sperrmüllpolitik. „Eine Verteuerung erhöht die Neigung zu illegaler Müllentsorgung, das ist ein fal-

scher Weg“, sagte Hermann Ottensmeier. Die AfD schloss sich der ablehnenden Haltung an.

Im Ergebnis bleiben die angestrebten Erhöhungen nun aus. Weil die Abfallgebühren aber aufkommensneutral berechnet werden, entsteht nun ein Defizit. Beim Sperrmüll rechnet die Verwaltung mit einem Verlust zwischen 20.000 und 25.000 Euro jährlich, beim Biomüll mit einem Minus von rund 9.300 Euro. Nach Angaben von Kämmerin Andrea Linnemann werden diese Kosten jetzt durch den städtischen Haushalt aufgeglichen – und damit von der Allgemeinheit. Abfallberater Roland Hecker betont zudem: „Es gibt keine Anhaltspunkte für einen Einfluss der Sperrmüllgebühr auf wilden Müll.“

sagt auch Matthias Kreft.

Wie es nun weitergeht, ist derzeit noch unklar. Die alten Wasser- und Abwassergebühren bleiben aber vorerst bestehen, die Bescheide werden nach Angaben der Stadtwerke demnächst verschickt. Um die Handlungsfähigkeit wieder herzustellen, muss zudem zeitnah ein neuer Wirtschaftsplan

erstellt und vom Rat abgesegnet werden. Frühestens kann das im Februar geschehen, wenn das Gremium wieder zusammenkommt.

Allerdings lässt Matthias Kreft schon jetzt durchblicken, dass dann keinesfalls ein überarbeiteter Plan vorgelegt wird. Denn der Wirtschaftsplan wurde zwar abgelehnt – einen Änderungsauftrag hat der Rat aber mit seinem Beschluss am Mittwochabend nicht erteilt. „Insofern bleibt uns gar nichts anderes übrig, als den gleichen Wirtschaftsplan noch einmal vorzulegen“, sagt Kreft. „Die Eigenkapitalverzinsung folgt ja einem gültigen Ratsbeschluss, das können wir gar nicht einfach ändern.“ Auch eine andere Berechnung der Gebühren sei auf dieser Grundlage kaum möglich.

Mit Alternativen haben sich die Gegner nicht auseinandergesetzt

Verstehen kann er die Einwände zwar. Und auch die Ablehnung von Plänen bezeichnet Kreft als legitim. „Dann muss man aber auch über Alternativen sprechen, die Zinshöhe anpassen oder schauen, was sonst machbar wäre“, sagt er. Eine Mehrheit hätte es dafür schließlich gegeben. „Aber damit haben sich die Gegner leider gar nicht erst auseinandergesetzt.“

Fakt ist indes auch: Sollte der Wirtschaftsplan beim nächsten Versuch doch noch grünes Licht bekommen, müssten neue Gebührenbescheide mit den neuen Tarifen verschickt werden. Kostenpunkt: rund 27.000 Euro. „Die tragen am Ende auch die Gebührenzahler“, sagt Kreft. Und ob dann alles nachgeholt werden kann, was bis dahin liegen geblieben ist, hält der Betriebsleiter ebenfalls für fraglich. „Die Firmen und Planungsbüros warten ja nicht auf uns, die haben dann schon andere Aufträge angenommen“, meint er.